



## ZUSAMMENFASSUNG aller Vernehmlassungsantworten i.S. Gemeindeorganisation

	<i>Absender</i>	<i>Änderungsvorschlag / Haltung</i>	<i>Begründung</i>
<b>1. Ausgangslage</b>			
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen	
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen	
	APGN	Keine Anmerkungen	
	SP	Keine Anmerkungen	
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen	
	glp Glarus Nord	Die GV-Anträge der SVP und der glp, wie auch der Antrag Stucki wurden an der GV angenommen, danach ist zu handeln.	
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen	
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit der Ausgangslage einverstanden. Wir sind der Meinung, dass zum Führungsmodell und zur Gemeindeversammlung Handlungsbedarf besteht. Die extrem tiefe Stimmbeteiligung an den GVs stellt die getroffenen Entscheide in Frage.	
	Priska Müller Wahl	im 2. Abschnitt zu ergänzen: (Indessen lehnte die Gemeindeversammlung die Sistierung der beiden Anträge ab) ... ...und die Anträge der SVP und der glp wurden angenommen.	Die GV hat nicht nur die Sistierung abgelehnt, sondern die Anträge der SVP und der glp angenommen. D.h. Varianten von diversen neuen Gemeindeführungs- und -entscheidungsmodellen (siehe Antrag und Begründungen) mit ihren GO Anpassungen sollten vergleichend vorgelegt werden. z.B. sollten die Anstellungsprozente anhand der Aufgaben/Kompetenzen, wie es die GO definiert, festgelegt werden und nicht umgekehrt.



	FDP	<p>Die FDP schätzt die in das vorliegende Dokument investierte Zeit aller Beteiligten.</p> <p>Wir würden uns zukünftig in ähnlichen Fragen eine proaktivere Haltung mit entsprechendem Handeln seitens Gemeinde wünschen. Im aktuellen Fall hätte der vorliegende Bericht auch ohne einen zusätzlichen GV-Antrag eines Stimmberechtigten und ohne vorgängigen Beschluss an der Landsgemeinde vorangetrieben werden können.</p> <p>Aufgrund der Termindichte vor den Sommerferien, war es der FDP leider noch nicht möglich, die Haltung des Vorstandes zum vorliegenden Thema abschliessend zu klären.</p> <p>Wir werden uns erlauben, diese per 08. September nachzureichen. Wir gehen davon aus, dass die Dringlichkeit aufgrund der geplanten Behandlung an der Landsgemeinde (2025 statt 2024), nicht mehr ganz so hoch ist, wie bei der Terminfestsetzung für die Vernehmlassung ursprünglich angenommen.</p>
<b>2. Vorlage an die Gemeindeversammlung vom 08.11.2022 inkl. Entscheid</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Keine Anmerkungen
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	gIp Glarus Nord	Entscheid der GV wird sehr begrüsst. Folgerungen daraus sind zu ziehen. Der von Stucki angenommene Antrag gibt ein Jahr Zeit, eine gute Vorlage zu bringen.
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 2. einverstanden.
	Priska Müller Wahl	<p>Der angenommene SVP Antrag begründet dies, dass das heutige System überarbeitungsbedürftig ist, auch Exekutive.</p> <p>Die Arbeitsgruppe kommt nun aber beim Führungsmodell der Exekutive zu einem anderen Entscheid und empfiehlt, beim bisherigen Führungsmodell mit 7 Gemeinderäten und dem vollamtlichen GP mit GF Kompetenzen zu bleiben.</p> <p>Die Begründung, wieso kein Überarbeitungsbedarf besteht, sollte ergänzt werden (siehe dazu auch meine ergänzenden in der Beilage).</p>



		Frage: Welche Modelle werden nun als Varianten ausgearbeitet und mit GO Entwürfen den Stimmberechtigten vorgelegt (wie angenommene Anträge von SVP und glp wollen)?
FDP		<p>Ein bestehendes System, im aktuellen Fall die durch die SVP und die glp kritisierte Gemeindeorganisation (GO), kann immer in Frage gestellt werden.</p> <p>Die SVP und die glp identifizieren in ihren Anträgen organisatorische Probleme wie eine zu hohe Anzahl der Exekutivmitglieder, ein Nichtvorhandensein eines Parlamentes mit weitreichenden Kompetenzen oder eine falsche Organisationsform (Ressort statt Departament).</p> <p>Wir sind der Meinung, dass es nun der richtige Zeitpunkt ist, bewusst abzuwägen, ob wir "nur" optimieren oder "alles über Bord werfen" und damit komplett neue und evtl. risikoreichere und ggf. schlechtere Wege beschreiten wollen.</p> <p>Die FDP wird sich diesbezüglich noch detailliert per 08. September verlauten lassen.</p>
<b>3. Inhalt der Vorbereitungsarbeiten ab Januar 2023 (nach GV-Entscheid)</b>		
SVP Glarus Nord		Die SVP erachtet es als sinnvoll, an der GV einen Variantenentscheid vorab einzuholen.
Geschäftsleitung		Keine Anmerkungen
APGN		Keine Anmerkungen
SP		Keine Anmerkungen
Elisabeth Buechi		Keine Anmerkungen
glp Glarus Nord		Gute, zeitgerechte Arbeit, danke für die rasche Reaktion.
Die Mitte Glarnerland		Keine Anmerkungen
Grüne Glarus Nord		Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 3. einverstanden.
Priska Müller Wahl		Ich verstehe zwar sehr gut, dass es terminlich sehr sportlich war, mit den Hauptvarianten auch einen GO Entwurf beizulegen. Eine Staffelung mit Vorentscheid ohne Vorliegen der GO Anpassungen ist jedoch nicht verbindlich. Werden damit die Anträge ausreichend umgesetzt?



		Denn die tatsächlichen Auswirkungen der Varianten z.B. mit und ohne Parlament werden erst nach der Festlegung der Kompetenzverteilung zwischen Gemeinderat, Parlament und Stimmberechtigten (GV bzw. Urne) in der GO klar (und müssen auch mit den kant. Gesetzen vereinbar sein).
	FDP	Keine Anmerkungen
<b>4. Zusammensetzung Projektgruppe (Fokusgruppe nach GO)</b>		
	SVP Glarus Nord	Das Anforderungsprofil an die Mitglieder der Projektgruppe war übertrieben. Dies hat sicherlich gewisse Interessierte von einer Mitarbeit abgehalten.
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Die Projektgruppe setzte sich aus Parteivertretern sowie aus Vertretern der Bevölkerung zusammen, welche dem öffentlichen Aufruf gefolgt sind. Es entstand somit eine "homogene" Mischung verschiedener Interessensgruppen, welche sich mit den folgenden Themen differenzierter beschäftigt haben: - Führungsmodelle - Gemeindeversammlung / Gemeindeparlament - Fokus auf allen übrigen möglichen Organisationsanpassungen
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	glp Glarus Nord	Gute Zusammensetzung der Gruppe wie auch der Grösse.
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 4. einverstanden.
	Priska Müller Wahl	Gute Gruppengrösse für die Diskussion der Modelle der Gemeindeorganisation. Die Leitung der Untergruppen durch die heutigen Gemeinderäte war suboptimal, um neue Ideen zu erarbeiten. Mir erscheint es, dass zu viele Vertreter mit bisherigen Amtshüten dabei waren. Es erstaunt deshalb nicht, dass das Bewährte favorisiert wurde. Erfahrene aus der Verwaltung waren untervertreten (KennerInnen des Operativen). Jemand mit gutem Berater- oder Erfahrungswissen aus Gemeinden



		mit anderen Modellen wäre wertvoll gewesen.
FDP		Die publizierten Anforderungen an die Teilnehmer waren etwas unglücklich formuliert; so fühlten sich viele mögliche Interessenten unterqualifiziert; wogegen Parteivertreter und Gemeinderäte unabhängig der Erfüllung dieser Fähigkeiten teilnehmen konnten. Es wäre zielführender, dies zukünftig offener zu gestalten - es reicht wenn jemand Interesse hat.
<b>5. Vorgehensweise und Zielsetzungen bei der Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Keine Anmerkungen
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	glp Glarus Nord	Die glp kann nicht nachvollziehen, inwiefern das heutige Modell sich bewährt hat. Warum kommt der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe zu dieser Folgerung?
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 5. einverstanden.
	Priska Müller Wahl	Im Kap. 5 auf S. 8 im 2. Abschnitt steht: "im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen sollen bisher bekannte Schwachstellen eliminiert und im Zuge der GO-Überarbeitung angepasst werden". Frage: Welche Schwachstellen? Antrag: Es soll in der Vorlage an die GV für die Stimmberechtigten ausgeführt werden, welche sog. bekannten Schwachstellen eliminiert werden sollen, weil sonst die Zielsetzung nicht nachvollziehbar ist.
	FDP	Keine Anmerkung



<b>6. Ergebnisse der Projektgruppe sowie Variantenvorschläge zuhanden der GV</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Wir sind zwar einig mit der Projektgruppe, dass das Ressortmodell beibehalten werden soll, wir machen jedoch weiter unten einige Verbesserungsvorschläge.
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	glp Glarus Nord	Gute Arbeitsgrundlage. Aus Sicht der glp stimmen die Angaben der heutigen Pensen der GR-Mitglieder nicht.
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Siehe bitte unsere Eingaben unter 6.1, 6.2 und 6.3.
	Priska Müller Wahl	<p>Gute Arbeitsgrundlage, indem die drei zentralen Modelle beschrieben sind; in der Tabelle mit den Modellen der Exekutive bitte beim heutigen System die heutigen Pensen der Gemeinderäte eintragen (20-40%).</p> <p>Diskussion aus den resultierenden Vor- und Nachteilen der drei Führungsmodelle aus Sicht der Arbeitsgruppe besser ersichtlich machen.</p> <p>Antrag: Weiterer Abschnitt vor Fazit mit den Argumenten, warum die Mehrheit für das bisherige System mit 100% GP als GF der Verwaltung und kleinen GR-Pensen 20-40% stimmte und Stimmenverhältnis. So wird der Entscheid besser nachvollziehbar. D.h. bitte beschreiben, inwiefern sich das bisherige System bewährt hat (vgl. dazu auch mein Kommentar in der Beilage).</p>
	FDP	<p>Um eine möglichst neutrale Sicht auf die +/- Aspekte aufführen zu können, wäre eine einführende Schwachstellenanalyse hilfreich gewesen. Ebenfalls hätte eine Gewichtung der möglichen Varianten und ggf. eine Sensitivitätsanalyse die Gewichtung der Resultate noch etwas solider gemacht.</p> <p>Die vorliegenden Resultate sind zwar nachvollziehbar aber werden der Komplexität des Themas nicht wirklich gerecht.</p> <p>So wäre es z.B. zentral zu ergründen, welche Konsequenzen aus einer allfällig gewählten Variante resultieren; welchen Einfluss diese auf die Führungs- und Entscheidungskultur haben; wie diese die Wahrnehmung der Bürger verändern usw.</p>



		Dem wird aktuell kaum Beachtung geschenkt.
<b>6.1 Führungsmodelle: Anzahl Exekutivmitglieder, Ressort- vs. Departementsmodell, angestellter Geschäftsführer</b>		
	SVP Glarus Nord	Die Auslegeordnung ist umfassend und gut verständlich beschrieben.
	Geschäftsleitung	<p>Bei der Beurteilung und Gegenüberstellung der drei Modelle fehlt eine klare quantitative Abwägung mit einer Beurteilungsskala, weshalb das eine Modell besser ist als das andere. Es wurden auch nicht die Anzahl Vorteile und Nachteile der unterschiedlichen Modelle nominell einander gegenübergestellt. Somit ist der Entscheid nicht quantifiziert nachvollziehbar.</p> <p>Die Ausführungen der Analyseergebnisse hinsichtlich der verschiedenen Modelle sind ausführlich, übersichtlich und nachvollziehbar, jedoch hätte eine Nutzwertanalyse das Fazit untermauert. Es ist nicht ersichtlich, weshalb gewisse Kriterien eine stärkere Gewichtung erfahren haben als andere.</p> <p>Die Anzahl der Gemeinderäte sollte bei sieben Ratsmitgliedern bleiben, da so eine Vielfältigkeit sichergestellt werden kann. Die Parteivertretungen können bei sieben Personen besser abgebildet werden. Dies garantiert eine differenzierte Sichtweise bei der Entscheidungsfindung.</p>
	SP	<p>Durch die Arbeitsgruppe wurden 3 verschiedene Führungsmodelle erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Ressortmodell (strategisches Modell) Geschäftsleitungsmodell mit delegiertem Gemeindepräsident/Gemeindepräsidentin als Geschäftsleiter/in, heute bestehende Organisationsform. Als Nachteil könnte hier der grosse Wissensvorsprung der Gemeindepräsidentin / des Gemeindepräsidenten gesehen werden. Die Ressortleiter/Innen müssen sich auf ihre Bereichsleiter/Innen absolut verlassen können, denn es ist nicht möglich, mit einem Pensum von 20% mehr als stichprobenartig die Vorlagen zu kontrollieren.</li><li>- Untervariante mit CEO Die Gemeindeverwaltung wird hier nicht durch die Gemeindepräsidentin / den Gemeindepräsidenten, sondern durch eine/n angestellte/n Geschäftsführer/In geführt. Die/Der CEO muss im Alltag laufend Entscheidungen treffen, für die es keine konkrete Weisung seitens Gemeinderat und keine Präzedenzfälle gibt. Sie/Er wird sich dabei sowohl auf ihre/seine fachliche Qualifikation als auch ihre/seine persönlichen Werte stützen. Da sie/er nicht gewählt ist, kann der Souverän diese Einflussnahme durch ihre/seine persönlichen Werte nicht korrigieren.</li><li>- Departementsmodell Beim Departementsmodell liegt der Vorteil klar darin, dass der Pensums- wie auch der Wissensunterschied zwischen Präsidium und Gemeinderat verringert wird und der Gemeinderat auch operative Verantwortung tragen kann. Als Nachteil könnte hier die fehlende Miliztauglichkeit angesehen werden, da hier ein höheres Pensum benötigt wird um neben der Leitung des Departements auch die angestammten Aufgaben wahrnehmen zu können (Koordination, Repräsentation und Kommunikation). Da es keine übergeordnete Leitung gibt, ist die Gefahr gross, dass es zu "Gärtlidenken" kommt</li></ul>



		(Gemeinderäte setzen sich für ihr Departement ein, statt für die Gemeinde als Einheit).
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	gIp Glarus Nord	Zu viele Exekutivmitglieder, max. 5, inkl. GP, mit zu kleinen Pensen. Pensum muss min. 50% sein, damit GR die Haupttätigkeit ist. Organisation dem Kanton angleichen um Synergien bestmöglich zu nutzen. Auch Parlament mit ähnlichen Kompetenzen wie der Landrat.
	Die Mitte Glarnerland	Bei der Tabelle mit den Vorteilen/Nachteilen der verschiedenen Führungsmodelle ist bei den beiden Untervarianten des Ressort-Modells die Differenzierung ungenügend. Es werden für beide Untervarianten vielfach die gleichen Vor- bzw. Nachteile aufgeführt, obwohl es klare Unterschiede gibt.  Insbesondere das CEO-Modell wird im Vergleich ungenügend gewürdigt und zu oberflächlich beurteilt. Diese ungenügende Bewertung beeinflusst eine objektive Modell-Favorisierung negativ. Das CEO-Modell hat unseres Erachtens einige Vorteile gegenüber den andern Modellen und muss darum ernsthaft geprüft werden.
	Grüne Glarus Nord	Mit dem aktuellen Grundpensum von ca. 20% können sich die Gemeinderäte, unserer Meinung nach, inhaltlich und im Detaillierungsgrad nicht genügend mit Ihren Ressorts auseinandersetzen. Die politische Vertretung der meisten Parteien ist dagegen sehr gut sichergestellt.  Auf Gemeindeebene dominieren allerdings Sachgeschäfte und Infrastrukturprojekte, die den Bürger direkt betreffen und die im Rahmen der Gesetzgebung (Umweltkonform, etc.) ausgearbeitet werden müssen. Womit politische/ strategische Überlegungen weniger wichtig sein dürften. Heute ist die politische Führung, entsprechend Bericht zur Vernehmlassung, als Kernaufgabe in der Matrixorganisation den GR zugewiesen.  Die Gemeinde Glarus Nord ist zu gross um die traditionelle Führungsstruktur von kleineren Gemeinden in grösserem Massstab zu übernehmen, eine Professionalisierung bietet hier eine echte Chance. Eine Trennung in politische/strategische und operative Führung ist schwierig und führt zu Doppelspurigkeiten, Geschäfte werden sowohl im GR wie auch auf Bereichsebene/GL diskutiert, notwendige Bereinigungen sind die Folge.  Das System der Stellenprozente könnte aus unserer Sicht für die Zukunft flexibler angewendet werden um für potentielle Kandidaten für den GR geeignete Lösungen zu finden. Schliesslich könnten zwischen Bereichsleiter und Gemeinderat auch Aufgaben verschoben werden.  Die Untervariante "Einführung eines operativen Geschäftsführers" bläht das heutige Modell zusätzlich auf und führt zu weiteren unnötigen Schnittstellen, daher sind wir gegen dieses Modell.
	Priska Müller Wahl	Favorit CEO- Modell: Anzahl GR 7; Ressortmodell (GP 30%; GR 20% (plus max. 10% vorübergehend) nur strategisch-politisch und die Stimmberechtigten wählen 7 Gemeinderäte und dieser konstituiert sich selbst inkl. GP Bestimmung)



		<p>Variante mit Anzahl GR 5; Ressortmodell mit angestelltem Geschäftsführer (GP 50% und 4 GR 30%)</p> <p>Begründung:</p> <p>GP und alle Gemeinderäte sind nur strategisch-politisch tätig und vom Alltagsgeschäft entlastet (prov. Geschäftsführer leitet operativ die Verwaltung &amp; auch Kommunikation dazu) und das Parlament, welches politisch debattiert. Somit wird die Bevölkerung mehr und aktueller informiert als heute mit den 2 GVs, die zu lange dauern.</p> <p>Das heutige Ungleichgewicht der Pensen &amp; Machtgefälle zwischen GP (100%, Leiter Operatives) und 6 kleinen GR Pensen (heute 20-40%) führt zu (unausgereiften) Entscheiden ohne Debatten innerhalb des GRs, die an GV scheitern und auch vom GR nicht im Sinne der Gemeinde verteidigt werden.</p> <p>Ressortmodell ist grundsätzlich gut, da mehr übergreifend entschieden wird zum Gesamtwohl der Gemeinde und in Zukunft, die wichtigen Geschäfte oft übergreifend sind. Ein grosser Nachteil vom Departementsmodell ist, welches z.B. jetzt in Glarus spürbar wird, ist, dass bereits politisch eingefärbte statt sachlich (gemäss den gesetzlichen Vorgaben) sauber vorbereitete Geschäfte in den Gemeinderat kommen und erst dort politisiert werden und nicht bereits vorher.</p> <p>Variante mit nur 5 GR: Teilzeitpensen werden in Zukunft auch in der Privatwirtschaft häufiger.</p> <p>Die heutigen 20 Prozentpensen führen dazu, dass weiterhin 100% im Beruf gearbeitet wird und der Gemeinderat wie früher nebenbei als Freizeitjob gemacht wird, was bei dieser Entlohnung nicht sein darf. Wenn operatives wegfällt, reichen auch bei 5-er Gremium 30 Prozent Ämter und GP wird aus der Mitte des Gemeinderates und nicht mehr an der Urne bestimmt.</p> <p>Ein Parlament mit abschliessenden Finanz-Kompetenzen (Budget; Rechnung; Strassen &amp; Leitungen; kleinere Infrastrukturbauten) gibt dann das Gegengewicht. Grosse Investitionen wie Schulhausbau von 10-40 Mio etc. sollten von mehr als nur 3 % der Stimmberechtigten beschlossen werden; Deshalb gehören die Entscheide mit grosser und langfristiger Auswirkung längerfristig gesehen besser an die Urne (als 1 GV).</p>
	FDP	Keine Anmerkungen
Führungsmodelle (Modelle Exekutive, Gemeinderat): Sind Sie mit dem Fazit zum Führungsmodell Exekutive (unverändert...) einverstanden?		
	SVP Glarus Nord	<p>Antwort: Nein</p> <p>Bei der Begründung fehlt eine systematische Beurteilung (Nutzwertanalyse) der Variantenwahl. Ein Departementsmodell mit 3 vollamtlichen Mitgliedern kann sich die SVP neben der Variante des aktuellen Ressortmodells auch gut vorstellen.</p>
	Geschäftsleitung	<p>Antwort: Ja</p> <p>Die Gemeinde Glarus Nord hat die Fusion immer noch nicht verdaut und arbeitet immer noch an professionelleren Strukturen. Ein kompletter Wechsel des Führungsmodells wäre hier nicht förderlich. Zuerst muss mal die bestehende Struktur besser funktionieren, bevor wieder alles verändert wird.</p> <p>Das Führungsmodell Exekutive bedingt aber auch, dass der Gemeinderat seiner strategischen Rolle vermehrt nachkommen</p>



		<p>muss und nicht im Mikromanagement verhaftet ist. Nachteilig an diesem Modell ist, dass zu viel Verantwortung und Aufgaben auf den Schultern des Gemeindepräsidenten lasten.</p> <p>Aus personalpolitischer Sicht ist es unabdingbar, dass eine einheitliche Personalpolitik verfolgt wird und "keine Firmen in der Firma" entstehen. Diese Gefahr wäre bei einem Departementssystem sehr gross. Weiter birgt ein Departementssystem Rollenkonflikte, wenn einerseits ein gewählter Gemeinderat - in der Regel meist nicht Fachperson - sich zusammen mit dem Bereichsleiter als ausgewiesene Fachperson um operative Themen kümmert. Mit einer operativen Gesamtleitung ist die ganze Geschäftstätigkeit der Gemeindeverwaltung zentral koordiniert und abgestimmt. Weiter soll sich ein Gemeinderat mit dem Gesamtgeschehen der Gemeinde und deren Interessen befassen und sich nicht ausschliesslich seinem Departement verpflichtet fühlen (Risiko des "Gärtli-Denkens").</p> <p>Fazit: Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass die Organisation, wie sie heute gemäss Organigramm besteht, die richtige ist. Sie (das bestehende Ressortmodell) wird deutlich favorisiert und soll beibehalten werden. Jedoch ist zwingend eine Optimierung innerhalb der bestehenden Strukturen inkl. eine Bereinigung der Kompetenzen zwischen Gemeinderat und Geschäftsleitung wie aber auch unter den verschiedenen Bereichen anzustreben. Ein Ansatz dazu kann beispielsweise die Stärkung der Bereichsleitenden und der gesamten Geschäftsleitung sein.</p>
	APGN	Antwort: Ja / Nein. CEO-Modell, - Rekrutierungsprozess
	SP	<p>Antwort: Ja</p> <p>Alle Führungsmodelle haben Vor- und Nachteile. Die SP ist der Meinung, dass es beim Ressortmodell mit dem Präsidenten / der Präsidentin als Geschäftsführer/In die meisten Vorteile gibt. Jedoch schlagen wir zwei Massnahmen vor, um die Nachteile zu mildern.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Strategische Führung und die Gemeinde als Einheit stärken. Es soll keine direkte Zuordnung der Mitglieder des Gemeinderats zu den Abteilungen Bereichen mehr geben. Dadurch wird vermieden, dass ein Gemeinderat / eine Gemeinderätin operativ eingreift. Der Gemeinderat soll als Gremium die strategischen Entscheide fällen. Dadurch wird ein "Gärtlidenken" verringert. Ebenfalls kann so z.B. ein krankheitsbedingter längerer Ausfall eines Mitgliedes problemlos aufgefangen werden. Anstelle eines zuständigen Gemeinderates pro Ressort würden Ausschüsse gebildet. Diese bestünden aus 3 Mitgliedern des Gemeinderates und der entsprechenden Bereichsleitung. Auch hier kann ein unvorhergesehener Ausfall eines Ratsmitgliedes aufgefangen werden. Ebenso wäre jedes Ratsmitglied in mehr als einem Ausschuss, wodurch die Gemeinde stärker zusammenwächst und als Einheit geleitet wird.</li> <li>2. Vizepräsidium stärken. Das Vizepräsidium soll ein höheres Pensum und operative Aufgaben erhalten. Dadurch wäre einerseits gesichert, dass das Präsidium auch eine operative Stellvertretung hat (im Moment funktioniert das erst auf der strategischen Ebene). Gleichzeitig wird der Wissensvorsprung des Präsidenten / der Präsidentin auf zwei Personen verteilt. Komplexe operative Probleme können miteinander besprochen und Lösungen im Austausch erarbeitet werden. Aufgrund des erhöhten Pensums muss das Amt des Vizepräsidenten / der Vizepräsidentin, analog des Präsidiums, eigenständig zur Wahl gestellt werden.</li> </ol>
	Elisabeth Buechi	Antwort: Nein



		Reduktion der Anzahl Gemeinderäte (gemäss Anträge SVP/GLP) oder 1+3? Überparteiliche Gemeinderäte als positive Entwicklung.
glp Glarus Nord	Antwort: Nein Wir unterstützen ein Departementsmodell, allenfalls auch ein Ressortsystem mit total 5, Gemeinderäten, wobei der/die Präsident/In einzeln gewählt wird. Das heutige Modell hat sich nicht bewährt, weil z.B. der GP in eine Machtposition gedrängt wird.	
Die Mitte Glarnerland	Antwort: Nein Aus obengenannten Gründen müssten die Vorteile des CEO-Modells höhere Gewichtung bekommen und ist womöglich zu favorisieren. Gewichtige Vorteile sind u.a.: <ul style="list-style-type: none"><li>- Bei einer solch grossen "Unternehmung" wie es eine Gemeinde ist, sind die fachlichen Kompetenzen des operativen Führers die wesentlichen und relevanten Faktoren. Die Anforderungen an den Gemeindepräsidenten sind gegenüber einem CEO unterschiedlich. Bei der Rekrutierung eines CEO's könnten die erforderlichen Kompetenzen und Fähigkeiten viel besser gewichtet werden (z.B. Assessment) als bei einer rein politischen Wahl, wo Sympathie, Parteizugehörigkeit, Bekanntheit usw. meist die wesentlichen Faktoren sind.</li><li>- Die heutige Ämterkumulation (Präsident = strategische und operative Verantwortung) wäre umgangen, was in jeder grösseren Unternehmung bewusst gesucht wird und Standard ist.</li><li>- Eine Trennung (Kündigung) von einem ungeeigneten CEO wäre, ob privat-rechtliche oder öffentlich-rechtliche Anstellung, einfacher zu realisieren, als bei einem ungeeigneten, gewählten Gemeindepräsidenten in Ämterkumulation.</li><li>- Zudem müsste ein CEO dem Gesamt-Gemeinderat rapportieren und wäre nicht einfach nur dem GP unterstellt, wie in der Modell-Beschreibung erwähnt wird. Das gälte es zu berichtigen</li></ul>	
Grüne Glarus Nord	Antwort: Nein Begründung: Siehe oben unter 6.1 Favorisiert wird das Departementsmodell (operatives Modell) mit 7 Gemeinderäten (Beispiel Glarus Mitte). Das Pensum pro Gemeinderat sollte 30-40% betragen. Bei einem Pensum zwischen 50-70 % gehen wir davon aus, dass sich am wenigsten Personen zur Wahl stellen würden und ein solches Pensum am unattraktivsten ist. Wahrscheinlich würde ein solches Modell in wenige Lebensmodelle passen und schlecht mit der beruflichen Karriere kombiniert werden können. Bei unter 40 % kann man dagegen der eigenen beruflichen Tätigkeit, neben dem Amt im Gemeinderat, weiterhin nachkommen. Die Grünen Glarus Nord sprechen sich dafür aus, dass die Pensen für die GemeinderätInnen tief bleiben, bzw. dass diese nicht über ein Nebenamt (40 %) hinausgehen und dass der Gemeinderat bei einer Grösse von sieben Personen bleibt. Gerne begründen wir hier, warum wir uns für GemeinderätInnen im Nebenamt (unter 40 %) und nicht im Vollamt (100 %) aussprechen: <ol style="list-style-type: none"><li>1. Für uns ist nicht nur die berufliche Karriere ein Faktor, welcher berücksichtigt werden muss sondern auch die Vereinbarkeit mit der Familie. Wenn wir möchten, dass der Gemeinderat ein möglichst gutes Abbild unserer Gesellschaft darstellt und der Gemeinderat für möglichst viele Menschen zugänglich ist, erachten wir es als essentiell, dass die Pensen tief</li></ol>	



		<p>bleiben und die Anzahl bei sieben bleibt. Natürlich kann und darf es nicht die einzige Massnahme sein, um ein Amt als GemeinderätIn für Frauen und junge Menschen zugänglicher und attraktiver zu machen. Es ist aber trotzdem ein wichtiger Aspekt. Ein Beschäftigungsgrad von 50-60 % lässt wenig Spielraum für weitere Nebenbeschäftigungen zu und engt den Kreis der möglichen Interessierten ein. Es gibt vermutlich wenig Familienmodelle oder Lebensmodelle, welche solche Prozente zulassen.</p> <ol style="list-style-type: none"><li>2. Bei Frauen ist die Realität momentan so, dass ein grosser Anteil der Frauen Teilzeit arbeitet. Nur 42 % der Frauen arbeiten Vollzeit (Beschäftigungsgrad ab 90 Prozent). Die restlichen Frauen, also 58 Prozent, arbeiten in einem Job unter 90 Prozent. Wenn wir diese Zahlen nun aber mit den Männern vergleichen, sehen wir einen krassen Unterschied. 81 % der Männer arbeiten Vollzeit. Hohe Pensen für den Gemeinderat würden also vor allem dazu führen, dass der Gemeinderat für diejenigen attraktiver wird, welche bereits heute schon sehr stark übervertreten sind. Namentlich die Männer. Wir hatten in diesen 10 Jahren erst eine Gemeinderätin und wir fänden es ein sehr schlechtes Zeichen, wenn wir die Hürden für einen Grossteil der Frauen noch weiter erhöhen würden.</li><li>3. Dazu kommt, dass die Gemeinde als öffentliche Institution auch eine Vorbildfunktion hat. Dies auch in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Pensen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Pensen so ausgestaltet sind, dass Beruf/Politik/Familie gemeinsam existieren können. Sowohl für Männer als auch für Frauen. Bei hohen Pensen muss eine Person in einer Beziehung mit Kindern oder sonstiger unbezahlter Carearbeit immer zurückstecken. Zu 60 % sind das dann die Frauen.</li><li>4. Auch bei jungen Menschen sehen wir Probleme bei einem Vollamt. Viele junge Menschen verfolgen neben ihrer Erwerbsarbeit noch eine Weiterbildung oder sind noch in ihrer Ausbildung. Mit einem Vollamt können junge Menschen nicht mehr ihrer Ausbildung nachkommen. Somit würde es auch für junge Menschen weniger möglich sein, ein Amt als GemeinderätIn anzunehmen, wenn die Pensen viel höher sind.</li><li>5. Die generellen Hürden sind mit einem hohen Pensum höher, da man die bisherige Erwerbstätigkeit und auch sonstige Tätigkeiten ablegen muss. Ein Milizsystem ermöglicht die Vereinbarkeit zwischen Beruf, Familie und Politik.</li></ol> <p>Wir unterstützen das Departementssystem mit 7 Gemeinderät/Innen mit einem Pensum von 30-40 Prozent.</p>
	Priska Müller Wahl	<p>Antwort: Nein</p> <p>Es zeigt sich in div. Punkten, dass sich das heutige System nicht bewährt hat. Das sagt nicht nur die SVP bei der Begründung in ihrem Antrag, sondern ist auch an vielen GV Voten von engagierten Stimmberechtigten aus allen Parteien zu hören. Wichtige Projekte &amp; Reglemente wurden zurückgewiesen, z.T. mehrfach. Viele Nachtragskredite. Zudem gab es im Kader der Verwaltung eine hohe Fluktuation. Vom Gemeinderat wird immer wieder auf das Machtgefälle zwischen dem Präsidenten und der Mitglieder hingewiesen und in der Bevölkerung ist praktisch nur der Gemeindepräsident bekannt. (Vgl. auch meine Kommentare in der Beilage).</p> <p>Deshalb bevorzuge ich das CEO-Ressortmodell (mit angestelltem GF) für die grosse Gemeinde Glarus Nord mit mehr als 400 Mitarbeitenden (fachliche Auswahl und nicht politische Wahl, mehr Kontinuität in der Führung).</p>
	FDP	<p>Antwort: <i>(Frage nicht beantwortet)</i></p> <p>Das Führungsmodell (Ressortmodell mit GP) wird seit dem Start der neuen Gemeinde eingesetzt. Eine bekannte Schwäche</p>



		<p>ist der mögliche Qualitätsunterschied bei der Neubesetzung eines Gemeindepräsidiums. Diese lässt sich, solange das Präsidium mittels rein politisch motivierter Verfahren besetzt wird, nicht nachhaltig lösen. Würde also die operative Führung der Gemeinde nicht mehr durch einen gewählten Gemeindepräsidenten, sondern durch einen vorher mittels Assessment, auf "Herz und Nieren" geprüften Geschäftsführer wahrgenommen, könnte dies fachliche Schwankungen in der operativen Führung der Gemeinde wohl reduzieren. Wir werden uns abschliessend dazu am 08. Sept. verlauten lassen.</p> <p>Im Gegensatz zum heute angewandten Ressortmodell beinhaltet das departementale Modell ein hohes Risiko für "Verschlimmbesserungen", da dessen Anwendung für Glarus Nord komplett neu wäre und dies weitreichende Veränderungen in der bestehenden Organisation sowie den Kosten (höhere Stellenprozent) nach sich ziehen würde. Andererseits wird heute der Kanton sowie die beiden anderen Gemeinden im departementalen Modell geführt. Wir werden uns abschliessend dazu am 08. Sept. verlauten lassen.</p> <p>Die bisherigen Pensen der Mitglieder des Gemeinderates sind nach wie vor auf ihre starke strategische Tätigkeit während der Anfangszeit der neuen Gemeinde ausgerichtet. Inwieweit diese möglichen Pensen (20-40%) heute noch nötig sind oder ob sie sogar auf 80-100% gesteigert werden sollen (bei gleichzeitiger Reduktion der Anzahl GR) wird die FDP am 08. Sept. verlauten lassen.</p>
<b>6.2 Legislative: Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament im Zusammenwirken</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Einleitend wird erwähnt, dass die Arbeitsgruppe die Vor- und Nachteile analysiert hat. Entweder fehlt im vorgelegten Dokument der Abschnitt der ermittelten Nachteile, oder sie wurden nicht eruiert. Im Sinne der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit wäre die Ergänzung dieser zur Beantwortung der nachstehenden Frage notwendig.
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	<p>Das Parlament würde die Gemeindeversammlung attraktiver machen, da sie die Gemeindeversammlung von diversen Geschäften entlasten könnte.</p> <p>Abschliessende Entscheidungen wären vor der Gemeindeversammlung möglich:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Genehmigung Budget und Jahresrechnung (falls das Gemeindegesetz angepasst wird),</li><li>– Entscheide unter Vorbehalt von Referendum (z.B. Überbauungspläne)</li><li>– Das Parlament könnte als Wahlorgan dienen für die Schulkommission sowie als Wahlorgan für politische Vertreter in den Verwaltungsrat von APGN, TBGN sowie der lintharena ag.</li></ul> <p>Nicht zu vergessen ist, dass das Parlament als Einstiegsplattform in die Politik dienen könnte, der politische Nachwuchs wäre gewährleistet.</p>
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen



glp Glarus Nord	Modell Landrat und Landsgemeinde adaptieren. Dringende Themen, Themen mit vertiefter Auseinandersetzung, Budget und Rechnung sind durchs Parlament zu entscheiden. Wichtige finanzpolitische und weitreichende strategische Themen soll die GV entscheiden. Die GV macht die Gesetze und die Gemeindeordnung, das Parlament die Reglemente und die Verordnungen, der GR macht die Strategie und das Controlling der operativen Organisationen. Das Operative und Strategische soll möglichst getrennt werden.
Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
Grüne Glarus Nord	Mit der Einführung eines Gemeindeparlaments würde möglicherweise die Attraktivität der Gemeindeversammlung verbessert. Der Wähleranteil wird aber immer noch bei wenigen Prozent liegen. Chronisch tiefe Wahlbeteiligungen an GV sind schweizweit leider ein Fakt. Urnenabstimmungen liegen dagegen immer noch bei einem Stimmanteil von 40% oder mehr.
Priska Müller Wahl	Das Gemeindeparlament muss mehr abschliessende Kompetenzen haben, damit schnellere Entschiede zu den Baukrediten gemacht werden können. Zudem die Legislative mit klaren Vorgaben mittels Reglementen. Es tagt 12 mal pro Jahr und die heutige GV nur 2 mal.
FDP	Keine Anmerkungen
Wiedereinführung Gemeindeparlament: Sind Sie mit der Einführung des Gemeindeparlaments einverstanden?	
SVP Glarus Nord	Antwort: Ja Bei der Begründung fehlt eine systematische Beurteilung (Nutzwertanalyse) der Variantenwahl. Die SVP Glarus Nord befürwortet ein Gemeindeparlament. Argumentativ ist es aus Sicht der SVP wichtig, dass man sich an das System der Kompetenzteilung zwischen RR, LR und LG anlehnt.
Geschäftsleitung	Antwort: Ja Die meisten Voten, die an Gemeindeversammlung vorgebracht werden, stammen von Parteimitgliedern. Der normale Bürger formuliert kaum Anträge, ausser bei der Nutzungsplanung, da es hier um den eigenen Grund und Boden geht. Aus diesem Grund können die Diskussionen an der Gemeindeversammlung genauso gut in einem Parlamentsbetrieb ihren Rahmen finden und führen zu besseren Resultaten. Beim Gemeindeparlament soll die Kompetenz "Genehmigung Budget / Jahresrechnung, Genehmigung Kredite" wie vorgeschlagen nur beim Parlament liegen.
APGN	Antwort: Ja
SP	Antwort: Ja Wie im Bericht aufgezeigt wird, würde die Wiedereinführung des Parlamentes die Demokratie auf vielfältige Weise stärken. Wir gehen mit der Projektgruppe einig, dass die erweiterten Kompetenzen für ein gut funktionierendes Parlament zwingend nötig sind. Gleichzeitig möchten wir anregen, die Hürde für ein Referendum gegen Parlamentsbeschlüsse hoch zu halten. Dadurch soll verhindert werden, dass das Parlament quasi durch die Hintertür wieder zum "Durchlauferhitzer" degradiert wird.



		Hervorheben möchten wir vor allem, dass mit einem Parlament nur noch eine Gemeindeversammlung pro Jahr stattfindet. Wir schlagen vor, dass diese kulturell so nahe wie möglich an der Landsgemeinde ist, das heisst: Sie findet tagsüber an einem Wochenende statt, unter freiem Himmel, es gibt einen Einzug mit Musik, einen Festbetrieb und einen Kinderhütendienst (diese Liste ist nicht abschliessend). Unserer Meinung nach führt dies zu einer höheren Beteiligung, erstens aufgrund der Kinderhüte und zweitens, weil es analog zur Landsgemeinde möglich sein wird, nur einen Teil zu besuchen (in der Mehrzweckhalle ist insbesondere späteres Kommen stark schambehaftet). Die SP hofft ausserdem, dass sich durch diese Massnahmen das Niveau der Diskussionskultur derjenigen der Landsgemeinde annähert.
	Elisabeth Buechi	Antwort Ja Wieso Wahlkreise? Ich möchte die Person wiederwählen, die ich für qualifiziert halte und die eine gute Arbeit macht und nicht darauf beschränkt werden, dass die Person im gleichen Wahlkreis wohnt wie ich. Glarus Nord soll e i n e Gemeinde bleiben.
	glp Glarus Nord	Antwort: Ja Wir brauchen ein Gemeindeparlament um auch alle Regionen vertreten zu haben, bessere und interessantere Gemeindeversammlungen zu erhalten. Nachwuchsförderung, weniger Betroffenheitsdemokratie. Vertiefte Auseinandersetzung bei Sachfragen und bessere Information der Bevölkerung über die Presse. Partizipation stärken.
	Die Mitte Glarnerland	Ja, aber nur wie im Fazit erwähnt mit erweiterten Parlaments-Kompetenzen. Dazu noch folgende Anmerkungen: Die Budget-Genehmigung, die Festlegung des Steuerfusses und die Finanzplanung sollen in der Kompetenz der Gemeindeversammlung bleiben. Die Rechnungsabnahme soll in der Kompetenz des Parlaments fallen. Nutzungsplanung wie auch Änderungen der Nutzungsplanung (Zonenplan-Änderungen) wie auch die Richtplanung sollen zwingend in der Kompetenz der Gemeindeversammlung verbleiben. Heutige Gemeinderatskompetenzen unter Referendumsvorbehalt müssten neu ins Gemeindeparlament zur Beschlussfassung. Die Referendumsmöglichkeiten sind bei Einführung des Parlaments generell zu überdenken. Dies mit dem Ziel, nur Themen in der GV behandeln zu müssen, die auch wirklich beschäftigen. Konkretes Beispiel: Ein Überbauungsplan müsste neu unter Referendumsvorbehalt vom Parlament erlassen werden und bei dessen Zustandekommen den Stimmbürgern zur Beschlussfassung vorgelegt werden. => Die Auflistung der Kompetenzen sind generell nochmals zu überdenken und detaillierter zu nennen. Formelles: Bei der Auflistung der möglichen Wahlkreise wird Mühlehorn versehentlich leider nicht explizit genannt. Das wirkt als Affront gegenüber den Einwohnern von Mühlehorn. Die Nennung nur von "Kerenzerberg" ist kein Ersatz. Die Ortsbezeichnung Mühlehorn muss neben Mollis, Filzbach und Obstalden ebenfalls erwähnt werden.
	Grüne Glarus Nord	Antwort: Ja Begründung: Siehe oben unter 6.2. Favorisiert wird ein Gemeindeparlament mit deutlich erweiterten Kompetenzen.
	Priska Müller Wahl	Wir brauchen ein Gemeindeparlament, damit die politischen Themen breiter abgestützt und in der Bevölkerung früher diskutiert werden (da Medienberichte; öffentliche Parlamentssitzungen; Parlamentarier/Innen stehen mit Parteien im Austausch). Zudem kann die Bevölkerung besser abgebildet werden (Geschlecht, Alter, Ausbildung & Erfahrungswissen zur Gemeinde,



		<p>Wohnort etc.) Ausserdem wird mehr Wissen aus allen Dörfer vertreten sein. Dies ergibt besser vorbereitete und kürzere Gemeindeversammlungen oder repräsentativere Urnenabstimmungen über Grundsatzentscheide und grosse Kredite.</p> <p>Antrag: Beim Parlament sollten alle Ressorts eine Kommission haben. Zusätzliche Fachkommissionen vermeiden; mit den Ausnahmen, die übergeordnete Gesetze vorschreiben.</p>	
	FDP	<p>Antwort: <i>(Frage nicht beantwortet)</i></p> <p>Das ursprüngliche Parlament wurde nach wenigen Jahren in Betrieb, Mitte 2016, durch die Gemeindeversammlung abgeschafft. Der Souverän hat somit zum Ausdruck gebracht, dass er in allen Belangen wieder das "letzte Wort" haben will.</p> <p>Mit dem jetzt vorgeschlagenen Wiedereinführen des Parlamentes, sollen viele der eher "langweiligen" Geschäfte abschliessend durch das Parlament im Detail beraten und beschlossen werden können.</p> <p>Die FDP kann viele der aus der Sicht der Politik mit dem Parlament verbundenen Vorzüge einer Wiedereinführung nachvollziehen, dennoch können wir einer Wiedereinführung des Parlamentes und sicherlich in der vorgeschlagenen Form kaum zustimmen.</p> <p>Wir werden uns abschliessend dazu am 08. Sept. verlauten lassen.</p>	
Urnenabstimmungen			
	SVP Glarus Nord	<p>Auf Seite 18 ist der Punkt "- Sofern im Einzelfall durch die Gemeindeversammlung beschlossen" somit zu streichen.</p> <p>Folgerichtig Anpassungen auf Seite 19, Absatz 3 (Stichwort "Schlussabstimmung").</p>	<p>Die SVP Glarus Nord ist gegen von der Gemeindeversammlung beschlossene Urnenabstimmungen.</p> <p>Das System wird so zu kompliziert. Eine GV, ein Parlament und ein GR genügen. Zuden würde so die Gemeindeversammlung entscheidend geschwächt.</p>
	Geschäftsleitung	<p>Auf die Gemeindeversammlung könnte aus Sicht der Geschäftsleitung gänzlich verzichtet werden. An Urnenabstimmungen zusammen mit eidgenössischen Vorlagen oder Wahlen könnte eine viel höhere demokratische Legitimation erreicht werden.</p>	
	APGN	Keine Anmerkungen	
	SP	Keine Anmerkungen	
	Elisabeth Buechi	<p>Referenden sind unbedingt an der Urne zu entscheiden.</p> <p>Gemeindeversammlung ist manipulierbar, Betroffene werden mobilisiert.</p>	
	glp Glarus Nord	<p>Ja, als Referendumsmöglichkeit, wenn keine 3-5% die GV besuchten.</p> <p>Wenn dies die GV bestimmt oder 500 Unterschriften (4%) dies zu einem bestimmten, wichtigen Geschäft verlangen.</p>	



	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	<p>Bei wichtigen Geschäften bevorzugen wir die von der Projektgruppe vorgeschlagenen Urnenabstimmungen (obligatorisches oder fakultatives Referendum). Die gesamthafte oder grossmehrheitliche Abschaffung der Versammlungsdemokratie ist aus unserer Sicht in der Gemeinde Glarus Nord nicht realistisch. Zu stark hängen viele Leute am Ideal der Versammlungsdemokratie. Dass die Stimmbeteiligung bei Urnenabstimmungen massiv höher ist, Urnenabstimmungen zugänglicher und generell attraktiver sind, wird hier aus unserer Sicht recht stark ausgeblendet. Urnenabstimmungen sind aus unserer Perspektive bei einer Gemeinde von dieser Grösse aber ein wichtiges Instrument, um wichtige Entscheidungen zu treffen.</p> <p>Unsere Position: Wichtige Geschäfte (Gemeindeordnung, Entscheid mit Geschäften mit Referendum; sei es obligatorisch oder fakultativ) sollen vor die Urne kommen.</p>
	Priska Müller Wahl	<p>Ja, Parlament &amp; Urne im Bericht darstellen (Vor- und Nachteile)</p> <p>Variante: Referendumsmöglichkeit, wenn keine 5% die GV besuchen (ist recht kompliziert)</p> <p>Begründung: Urnenabstimmungen haben ca. 15-mal mehr Stimmbeteiligung als an GV und werden wegen den eidg. Abstimmungen 3- bis 4-mal pro Jahr durchgeführt. Wer mehr Partizipation und Effizienz will, darf die Variante Parlament mit Urne nicht einfach negieren (dies zeigt auch das Gutachten, welches der Regierungsrat in Auftrag gab)!</p> <p>Ehrlicherweise muss die GV in der heutigen Form hinterfragt werden: Denn, wer die Partizipation fördern will, darf langfristig nicht auf GV setzen für zentrale Entscheide in Glarus Nord; denn wenn wie bei der Urne 40-45% der 11'700 Stimmberechtigten teilnehmen würden, wäre eine GV in GL Nord nicht durchführbar (kein Ort mit 5'000 Personen; Stimmzähler überfordert; Leitung zu anspruchsvoll). Es müssten also neue Formen gefunden, aufgezeigt und diskutiert werden. Wenn aber nur 3 % der Stimmberechtigten über die wichtigsten Entscheide bestimmen, welche alle anderen betreffen und mit den Steuern bezahlt werden, ist dies für das Gemeinwohl nicht förderlich. Damit gefährdet man die Landsgemeinde nicht (sie hat andere Geschäfte als Gemeindeversammlung).</p>
	FDP	Wir werden uns ggf. im Rahmen der GV dazu äussern.
<b>6.3 Weitere mögliche Organisationsanpassungen</b>		
Ziel 1: Attraktivere Gemeindeversammlung: Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?		
	SVP Glarus Nord	<p>Antwort: Ja</p> <p>Gegen attraktivere Gemeindeversammlungen ist nichts einzuwenden. Die Finanzbefugnisse der kommunalen Exekutive und Legislative müssen sich aber an denjenigen von RR und LR orientieren.</p>



Geschäftsleitung	<p>Antwort: Ja</p> <p>Die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe wird nicht erläutert bzw. woraus die vorgeschlagenen Massnahmen resultieren. Wurden diese fünf bereits abschliessend zur Bearbeitung der Arbeitsgruppe in Auftrag gegeben?</p> <p>Wäre allenfalls nicht auch unter diesem Kapitel "weitere mögliche Organisationsanpassungen" das Thema der öffentlich-rechtlich selbstständigen Anstalten bzw. gemeindeeigenen Betriebe sowie die installierte Schulkommission trotz Einheitsgemeinde zu beleuchten?</p>	
APGN	Antwort: Ja	
SP	<p>Antwort: Ja</p> <p>Wie oben bereits beschrieben wäre es möglich, zusammen mit der Einführung des Parlamentes nur noch 1x jährlich eine Gemeindeversammlung durchzuführen. Somit könnten nur noch Vorlagen zur Abstimmung gebracht werden, welche von grossem Interesse für die Stimmberechtigten sind. Wir sind der Meinung, dass eine kulturelle Annäherung an die Landsgemeinde (siehe oben) die Attraktivität der Gemeindeversammlung steigert und es mehr Stimmberechtigten als heute möglich sein wird, tatsächlich teilzunehmen.</p>	
Elisabeth Buechi	Antwort: Ja, aber kein Referendum in der GV (s. oben)	
glp Glarus Nord	<p>Antwort: Ja</p> <p>Eine GV pro Jahr, ausserordentliche möglich. Die glp ist sich bewusst dass die GV die schlechteste Form ist um die Partizipation der Leute zu fördern. Die Beste Form wäre die Abstimmung an der Urne, was ja auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe klar zeigt. Da sich aber politisch wohl kaum das Parlament einführen lässt, was unser wichtigstes Ziel ist, können wir mit einer attraktiven Gemeindeversammlung, bei der ein Referendum möglich wäre, leben.</p>	
Die Mitte Glarnerland	<p>Antwort: Ja</p> <p>Massgebend für eine attraktive Gemeindeversammlung ist die angemessene "Kompetenz-Zuordnung". Siehe Anmerkungen unter 6.2</p>	
Grüne Glarus Nord	Antwort: Ja	
Priska Müller Wahl	<p>Antwort: Nein. Eigentlich Jein, denn...</p> <p>Ja, die heutigen GVs sind unattraktiv, da zu lange und mit zu vielen Kreditentscheiden, welche viele Stimmberechtigte nicht betreffen und weshalb sie nicht an die GV kommen.</p> <p>Aber Nein, denn nur 1 attraktive GV pro Jahr (wie Landsgemeinde) würde dazu führen, dass gut beratene Geschäfte (z.B. Baukredit) des Parlaments wieder verzögert werden, weil nur einmal pro Jahr ein Entscheid. gefällt wird (Parlament tagt ca.12-mal / Jahr). Oder diese eine GV könnte dann mit Mobilisierung von 100-200 Personen (=1-2 % der Stimmberechtigten) wichtige und gut vorbereitete Projekte ablehnen oder zurückweisen, was die Mitarbeit im Parlament unattraktiv macht. Zudem =&gt; noch mehr Verzögerung von Geschäften, was nicht mehr zeitgemäss ist. Denn eine schnell handelnde Gemein-</p>	



		de ist ein Standortvorteil.
FDP		Antwort: Nein Eine Anpassung der Organisationsform oder Verlagerung der Kompetenzen weg vom Volk hin zum Gemeindeparlament schafft keine Attraktivitätssteigerung der GV. Das geht nur durch kurze, klare und kompetente Vorstellungen der Geschäfte.
Ziel 2: Mehr Informationen und Mitwirkungsmöglichkeiten: Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?		
SVP Glarus Nord		Antwort: Nein Es machen aus Sicht der SVP nicht alle möglichen Aktionsformen Sinn. Workshops und Vernehmlassungen erachtet die Volkspartei als sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten, andere weniger. Positiv erachtet die SVP den zweiten Absatz "Ergänzend soll eine breitere und frühere Information der Stimmberechtigten über die Arbeiten und die Projekte der Gemeinde erfolgen."
Geschäftsleitung		Antwort: Ja
APGN		Antwort: Ja
SP		Antwort: Ja Die Mitwirkungsmöglichkeiten sollen beibehalten bzw. eingeführt werden, auch wenn es ein Parlament gibt. Denn die Fokusgruppen ermöglichen es Personen, die aus beruflichen oder persönlichen Gründen nicht für das Parlament kandidieren können, sich dennoch einzubringen. Breitere und frühere Information: Dazu sollen auch breite und vielfältige Kanäle benutzt werden, insbesondere Social Media.
Elisabeth Buechi		Antwort: Ja Die Dauer der GV und das breite Interesse sind nicht die einzigen Kriterien, unangenehme Anfeindungen gegen Gemeinderäte oder andere Personen kommen dazu. Vielleicht bräuchte es einen Verhaltens Code für Redner, und eine neutrale Person (Moderator), die bei Verstoss eine Mahnung aussprechen kann. Ich treffe viele Leute, die sich von der Stimmung und der Qualität der Reden an der Teilnahme abhalten lassen.
glp Glarus Nord		Antwort: Ja Einsatz von Arbeitsgruppen, kommt mit Berichterstattung vom Parlament automatisch.
Die Mitte Glarnerland		Antwort: Ja
Grüne Glarus Nord		Antwort: Ja
Priska Müller Wahl		Antwort: Ja Einsatz von Arbeitsgruppen, die temporär mitwirken und breite Information ist immer gut.



		Es kommt mit der Einführung vom Parlament und deren Kommissionsarbeit automatisch, weil die Medien berichten.
FDP		Antwort: Ja Sicherlich sinnvoll je früher und je breiter über ein Vorhaben informiert wird.
Ziel 3: Anpassung Zusammensetzung Kommissionen: Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?		
SVP Glarus Nord		Antwort: Ja
Geschäftsleitung		Antwort: Ja, die fachliche Eignung soll eine hohe Beachtung erhalten.
APGN		Antwort: Ja
SP		Antwort: Ja Es ist zu begrüßen, dass die Gemeinde die Möglichkeit schafft, Kommissionen mit Fachpersonen zu ergänzen.
Elisabeth Buechi		Antwort: Ja
glp Glarus Nord		Antwort: Ja mit Fachspezialisten. Auch den Kommissionen soll eine hohe Kompetenz gegeben werden. Wie der Einbürgerungskommission, so z.B. auch der Schulkommission.
Die Mitte Glarnerland		Antwort: Ja
Grüne Glarus Nord		Antwort: Ja
Priska Müller Wahl		Antwort: Nein Nicht alle heutigen Kommissionen haben dasselbe Ziel und es muss differenziert angeschaut werden, bevor die Kompetenzen allenfalls erweitert werden wie in der Einbürgerungskommission. Wenn kein Parlament eingeführt wird, finde ich ergänzende Fachkommissionen sehr wichtig, um einen breiteren Kreis von Interessierten einzubeziehen und ein bürgernahes Angebot zu gestalten. Dabei sollte das Fachwissen in der Verwaltung vorhanden sein und dasjenige in den Kommissionen ergänzen. Die Einbürgerungskommission hat vorgegebene Aufgaben zu erfüllen, die auch von übergeordneten Gesetzen vorgegeben sind und der Gemeinderat befolgen muss. Ergänzende Fachkommissionen wie Kultur- oder öV-Kommission ergänzen das Verwaltungswissen mit Ortskenntnissen & fachlichem Anwendungswissen.



		Beim Parlament braucht es diese ergänzenden Fachkommissionen wohl nicht bzw. es gibt eine parlamentarische Fachkommission bzw. Ressortkommission dazu, die auch Zusatzabklärungen bei Fachleuten beantragen und Experten einladen können.
	FDP	Antwort: Nein Nicht nachvollziehbar was damit bezweckt werden soll und welche Kommissionen damit gemeint sind. Aktuell bekannt sind Einbürgerungskommission und Gestaltungskommission. Letztere besteht bereits heute korrekterweise aus Fachpersonen.
Ziel 4: Höhere demokratische Legitimation von Entscheiden: Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?		
	SVP Glarus Nord	Antwort: Nein Neben den bereits aufgeführten Nachteilen ist für die SVP folgender Punkt massgebend für ein Nein: Das System ist nicht praktikabel und schwächt klar die Gemeindeversammlung.
	Geschäftsleitung	Antwort: Nein Beim Ressortsystem nicht nötig. Dieser Vorschlag ist im Alltag nicht praktikabel und verzögert den politischen Prozess. Der Vorschlag kompliziert den Prozess und würde in der Praxis zu unnötigen Verzögerungen führen. Es ist fraglich, ob damit der gewünschte Effekt erzielt wird (höhere Beteiligung). Bei einer passiven Verschiebung besteht die Gefahr einer indirekten Abschaffung der GV. Das Ziel sollte, wie bei der Wiedereinführung des Parlaments, die aktive politische Beteiligung sein.
	APGN	Antwort: Nein - unausgereifte Idee - zu viel "Wenn und Aber" - hybride Abstimmungsmöglichkeit? - hoher Aufwand an Zeit und Geld
	SP	Antwort: Ja Falls das Parlament eingeführt werden sollte, ist die demokratische Legitimation der Behördenvorlage sicher grösser als beim Status quo. Ein Nachteil des Quorums ist eine lange Verzögerung der Geschäfte. Mit Parlament könnte unserer Meinung nach auf das Quorum verzichtet werden. Falls das Parlament aber nicht eingeführt wird, wäre hinsichtlich der demokratischen Legitimation ein Mindestquorum, mit der Möglichkeit einzelne Geschäfte an die Urne zu bringen, wünschenswert.
	Elisabeth Buechi	Antwort: Ja
	glp Glarus Nord	Antwort: Ja Die Entscheide müssen besser abgestützt sein als heute, wo eine GV mit nicht einmal 2% anwesenden Stimmberechtigten über die wichtigsten Punkte entscheiden. Solche GV, siehe auch der Nutzungsplan, kann manipuliert werden, resp. eine



		Berufsgruppe entscheidet nach ihren eigenen Interessen und kaum zum Wohl einer fortschrittlichen Gemeinde.
Die Mitte Glarnerland	Antwort: Nein	Auf ein Quorum ist klar zu verzichten. Das wäre demokratisch sehr fragwürdig und würde erst recht die Gemeindeversammlung wieder in Frage stellen. Es darf nicht sein, dass mit Abwesenheit an der GV und dem nachträglichen Sammeln von Unterschriften innerhalb Frist, ein Urnengang erwirkt und damit die Anwesenden der GV ausgehebelt werden können.
Grüne Glarus Nord	Antwort: Ja	Bei einer Stimmbeteiligung von unter 3 % ist die demokratische Legitimation eines Entscheides sehr fragwürdig. Bei Geschäften, welche mit einer solchen niedrigen Stimmbeteiligung beschlossen wurden, soll die Möglichkeit bestehen, dass ein Referendum ergriffen werden kann und die Abstimmung dann an die Urne kommt. So kann die demokratische Legitimation stark erhöht werden, was die Grünen Glarus Nord als sehr wichtig erachten.
Priska Müller Wahl	Antwort: Ja & Nein	Eigentlich ist es gut, aber man muss den Mut haben, die GV direkt durch Urne zu ersetzen, wenn weiterhin so schlecht besucht und nicht indirekt über ein Quorum von 5 %. Denn es verlangsamt auch die Entscheide. Der Vorteil ist, dass man Druck machen könnte, dass Entscheide an der GV besser legitimiert sein müssen.
FDP	Antwort: Nein	Es steht bereits heute jedem Einwohner frei an der GV teilzunehmen; für die Gültigkeit der Entscheide nun eine Hürde einführen zu wollen ist kontraproduktiv für den Besuch einer Gemeindeversammlung.
Ziel 5: Notrecht bzw. Funktionsfähigkeit der Gemeinde in ausserordentlichen Lagen: Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?		
SVP Glarus Nord	Antwort: Ja	
Geschäftsleitung	Antwort: Ja	Eine darüber hinaus breitere Abstützung kritischer Entscheide wäre ein weiterer zu erwartender Effekt.
APGN	Antwort: Ja	
SP	Antwort: Ja	
Elisabeth Buechi	Antwort: Ja	
glp Glarus Nord	Antwort: Ja	Dies erachten wir nach den Erfahrungen mit Corona als Notwendigkeit. Dieser Punkt darf nicht verpasst werden.



	Die Mitte Glarnerland	Antwort: Ja
	Grüne Glarus Nord	Antwort: Ja
	Priska Müller Wahl	Antwort: Ja Erachten wir nach Corona erst recht als Notwendigkeit, was nicht verpasst werden darf. Wird wohl auch kantonal im Gemeindegesetz verankert.
	FDP	Antwort: Nein Zu unklar formuliert; die Gemeinde hat in der letzten Pandemie funktioniert - was soll konkret angepasst/erweitert werden?
<b>7. Gemeinderat</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Keine Anmerkungen
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	glp Glarus Nord	Team verkleinern, 5. Leute, Strategie und Controlling im Fokus. Partner vom Parlament und der Verwaltung. Die Gemeinde muss auch mit gemeinsamen Zielen und Ausrichtung ein Team werden. Der GR braucht als Kollegialbehörde eine höhere Verbindlichkeit. Die wichtige Aufgabe darf nicht nur Nebenjob erledigt werden.
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 7. einverstanden.
	Priska Müller Wahl	Es wird aus dem Bericht nicht ersichtlich, wo der Gemeinderat Ergänzungen gemacht hat. Bitte schreiben, welche Ergänzungen aus Sicht des Gemeinderates erforderlich waren.
	FDP	Keine Anmerkungen



<b>8. Vernehmlassung</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Keine Anmerkungen
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	glp Glarus Nord	schade, dass die Ganze nur über die Sommerpause stattfindet
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 8. einverstanden.
	Priska Müller Wahl	Es ist schade, dass die Vernehmlassung nur über die Sommerferien stattfindet, denn es braucht eine breite Diskussion über diese wichtigen Entscheide.
	FDP	Keine Anmerkungen
<b>9. Termine / weiteres Vorgehen</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Keine Anmerkungen
	Elisabeth Buechi	Keine Anmerkungen
	glp Glarus Nord	Ambitioniert. Sich allenfalls für eine gute Vorlage mehr Zeit lassen, was mit dem Antrag Stucki auch möglich wäre. Für die fertige GO muss ohnehin die LG 2025 abgewartet werden. Zielführende Vorarbeiten können dennoch gemacht werden. Für



		das weitere Vorgehen sind auch externe Fachleute beizuziehen, sich nicht nur im eigenen Saft drehen!
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen
	Grüne Glarus Nord	Die Grünen GL Nord sind mit den Erläuterungen zu 9. einverstanden. Der Zeitplan für einen abschliessenden Entscheid ist aber zu knapp, damit wird möglicherweise die Chance vertan, eine echte Reform durchzuführen und der aktuelle Zustand oder ein Parlament das wirkungslos bleibt wird die heutigen Probleme weiter akzentuieren. Hier wäre eine breitere Diskussion in der Öffentlichkeit notwendig. Zu beachten ist auch, dass an GV häufig die gleichen Stimmbürger anwesend sind, die Jungen sind untervertreten.
	Priska Müller Wahl	Zeitplan lässt kaum Zeit, um die Vernehmlassungen ausreichend einzubeziehen (15.8.!); Qualität vor Tempo finde ich bei dieser wichtigen Frage der Gemeindeführung entscheidend. 2 Varianten mit Vor- und Nachteilen und den nötigen GO Anpassungen gegenüberstellen für Grundsatzentscheid an November-GV, oder wenn dies zeitlich nicht geht, nach dem Grundsatzentscheid, die Unterschiede in der GO Anpassung in einer übersichtlichen Synopse darstellen, damit die Auswirkungen diskutiert werden können (vgl. auch Kommentar in der Beilage). Gesetzlicher GO Entwurf von externen Fachpersonen/Juristen ausarbeiten lassen und dann erst wieder mit Begleitgruppe diskutieren: Präsentation und eine fundierte Beurteilung sowie Infos in den Parteien braucht Zeit.
	FDP	Keine Anmerkungen
<b>III. Weitere Bemerkungen und Ergänzungen</b>		
	SVP Glarus Nord	Keine Anmerkungen
	Geschäftsleitung	Keine Anmerkungen
	APGN	Keine Anmerkungen
	SP	Keine Anmerkungen
	Elisabeth Buechi	Im Übrigen gehe ich mit dem Gemeinderat einig, dass die Auseinandersetzung mit der Gemeindeordnung, bevor die Änderungen auf kantonalen Ebene bekannt sind, zu früh ist. Zugegeben, diese vorliegende Umfrage kann bereits Erkenntnisse bringen, aber mit dem weiteren Vorgehen sollte unbedingt noch gewartet werden.
	glp Glarus Nord	Der GV sollen ausgearbeitete Varianten als Entscheidungsgrundlagen vorgelegt werden. Dabei kann die Arbeitsgruppe resp. der GR immer noch priorisieren, eine Empfehlung als Bestvariante abgeben.
	Die Mitte Glarnerland	Keine Anmerkungen



	Grüne Glarus Nord	Wir bedanken uns für die ausführliche und sehr gute Grundlagenarbeit der Projektgruppe und der Gemeinde.
	Priska Müller Wahl	<p>Über diesen zentralen Grundsatzentscheid soll an der Urne abgestimmt werden, weil dann ca. 45% und nicht nur 3% entscheiden (breiter legitimiert). D.h. der Gemeinderat soll an der Nov. GV ein Verschiebungsantrag an die Urne stellen (eine Vorstellung, Fragen und Diskussion soll dennoch stattfinden und dazu braucht es die Auslegeordnung mit Vor-/Nachteilen der Varianten).</p> <p>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung z.H. der Arbeitsgruppe zur GO</p> <p>Diese Bemerkungen sind ergänzend zum Formular in die Vernehmlassung einzubeziehen. Ich bedanke mich dafür, dass eine breit abgestützte Arbeitsgruppe die wichtige Frage von Anpassungen in der Gemeindeorganisation diskutiert hat, und der Gemeinderat den Bericht in die Vernehmlassung gibt. Wird dieser Bericht dann auch Teil der GV Vorlage?</p> <p>1. Legislative: Parlament braucht es bei Gemeinde mit 11'700 Stimmberechtigten</p> <p>Dass nach der Prüfung die Arbeitsgruppe und der Gemeinderat so klar ein Parlament unterstützen und zwar eines mit mehr abschliessenden Kompetenzen als das frühere Gemeindeparlament (z.B. Budget; Rechnung), freut mich. Diese Anpassung unterstütze ich voll und ganz, weil sie langfristig für eine zeitgemässe und qualitätsvolle Entwicklung einer so grossen Gemeinde notwendig ist (Sicht/Meinung als politisch aktive Bürgerin (ehem. Gemeindeparlamentarierin, Landrätin, welche den ganzen Fusionsprozess miterlebt hat)). Der grösste Vorteil: beim Parlament sind mehr Köpfe aus GL Nord mitverantwortlich, dass gemeinsam gute Rahmenbedingungen für die zukünftige Gemeindeentwicklung ausgehandelt werden. Wichtig ist auch, dass es öffentlich ist und vorher vertieft in Kommissionen beraten wird. Das bringt mehr Transparenz, verantwortungsvolle Partizipation und bessere, nachhaltigere Lösungen. Gerade in einer so grossen und stark wachsenden Gemeinde mit unterschiedlich grossen und geprägten Dörfern sollen Bewohner/Innen unterschiedlichen Alters, div. Berufen und Lebenssituationen mitverantwortlich sein und ihre Ortskenntnisse einbringen, um breit abgestützte Rahmenbedingungen zur Gemeindeentwicklung auszuhandeln. Zudem ist es mit Parlament und abschliessenden Kompetenzen effizienter, was in der schnelllebigen Zeit ein Standortvorteil ist. Denn heute müssen die Entscheide ein halbes Jahr warten bis zur nächsten GV und die Stimmberechtigten haben weniger Einfluss. Auch aus Sicht der Parteien wird damit die Gemeindepolitik greifbarer, da früher und breiter diskutiert wird. Denn die Medien werden vor und nach den Parlamentssitzungen über die Themen berichten und die Parlamentssitzungen sind öffentlich. Heute haben wir alle zwei Wochen eine Medienmitteilung des Gemeinderates, die wohl weniger Leute beachten.</p> <p>2. Exekutive: GO Anpassungen für CEO-Modell aufzeigen (Variante)</p> <p>Beim Führungsmodell der Exekutive wird das bisherige Modell bevorzugt, weil es sich bewährt haben soll. Das teile ich nicht und bevorzuge, dass eine Variante mit dem CEO-Modell ausgearbeitet wird. Die Vor- und Nachteile und die Meinung der Arbeitsgruppe zu diesem Modell sind im Bericht zu wenig klar dargestellt. Das Modell ist übrigens für Glarus Nord nicht so fremd, wie es vielleicht tönt. Denn in den ehemaligen Gemeinden war dies durch die Gemeindeschreiber/Innen de facto ein gelebtes (und quasi bewährtes) Modell. Es geht aus dem Bericht auch nicht klar hervor, wieso und was genau sich am heutigen Modell bewährt hat. Bei einem CEO-Modell, bei dem der Gemeinderat sich auf die strategischen Aufgaben konzentriert, könnten alle 7 Personen im Gemeinderat ihrem angestammten Beruf nachgehen und das Pensum der/des Präsidenten/In ist unwesentlich höher. Der Leiter der Verwaltung mit &gt;400 Angestellten würde nicht mehr in einer Volkswahl für 4 Jahre gewählt, sondern als Fachperson für seine Aufgabe gesucht und angestellt. Das sollte in der Regel zu mehr Kontinuität und auch mehr Qualität führen. Im Bericht auf S.10 in der Tabelle wird als Nachteil aufgeführt, dass der Gemeindepräsident im Spannungsfeld zwischen der operativen Leitung und der strategischen Führung ist. Mit dem CEO-Modell ist dies nicht mehr der Fall. Das sollte im Bericht angepasst werden. Aus meiner Sicht gibt es Handlungsbedarf beim heutigen Modell, wo oft operatives und strategisches ungenügend getrennt wird und die operativen Aufgaben anspruchsvoller werden (fachlich und rechtlich). Der Gemeindeprä-</p>



	<p>sident, der 100% für die Gemeinde arbeitet, hat sehr viel mehr Vorwissen und Einfluss auf die Verwaltung, da die sechs Gemeinderäte beruflich einen anderen Schwerpunkt haben müssen bei Pensen von 20 bis 35%. Dies würde sich beim CEO-Modell ändern (bitte im Bericht S.10; Tabelle 1. Punkt Nachteile anpassen): Dennoch sollten in dieser grossen Gemeinde GL Nord heute schon keine Freizeitpolitiker mehr wie in den früheren Gemeinden gewählt werden (siehe auch Entlöhnung &amp; Verantwortung, deshalb sollte ein klares Anforderungsprofil veröffentlicht werden vgl. Gemeinde Dürigen FR). Dass es zu einem Machtgefälle führt zwischen GP und GR finde ich nicht gut. Auch die Bevölkerung kennt v.a. den Gemeindepräsidenten und richtet sich nur ans Gemeindepräsidium, obwohl die meisten Entscheide Mehrheitsbeschlüsse von allen 7 Personen im Gemeinderat sind. In der Verwaltung gibt es hohe Fluktuationen, insbesondere beim Kader. Es gibt es sehr viele Nachtragskredite und der Fall bei der TBGN zeigt, dass Mängel zu spät entdeckt werden. Im Bericht auf S.8 steht, dass die Arbeitsgruppe ein Führungsmodell gesucht hat, das die Partizipation fördert. Fakt ist, beim heutigen Führungsmodell fühlen sich immer weniger Stimmberechtigte angesprochen von der Gemeindepolitik. Z.B. liegt die Stimmbeteiligung an den Gemeindeversammlungen mit durchschnittlich 3% der Stimmberechtigten viel zu tief. Das liegt sicher an verschiedenen Gründen, nur sind solche Entscheide politisch nicht unbedingt legitimiert. Und es gibt doch einige, oft sogar viele unzufriedene Stimmen von politisch Interessierten und (noch) Engagierten in der Bevölkerung. Auch wurden einige Reglemente und Vorlagen mehrfach an der GV zurückgewiesen und die Umsetzung verzögert. Das Interesse, in der Gemeindepolitik mitzuwirken ist in den letzten 10 Jahren gesunken (=&gt; Handlungsbedarf 1. Parlament und 2. Legislative: mehr gezielte Information &amp; Partizipation der Bewohner/Innen). Die Stimmbeteiligung ist jetzt viel tiefer als in den früheren Gemeinden und an der Landsgemeinde und der Unterschied zur Mitwirkung bei Urnenentscheiden ist riesig (ca. 45%, also Faktor 15!). Weitere Gefahr: reine Betroffenheitspolitik führt i.d.R. zu keinen nachhaltigen Entscheiden und kann unnötig hohe Kosten bei der Verwaltung verursachen (Lehrlaufpolitik).</p> <p>3. Zusätzliche Informationen an Stimmberechtigte für faktenbasierte Entscheide</p> <p>Ergänzend sollte als Ausgangslage aufgezeigt werden, wo der Handlungsbedarf für Veränderungen liegt und wo bzw. v.a. warum die Arbeitsgruppe und der Gemeinderat mit den Antragstellenden einverstanden ist und wo nicht (Exekutive &amp; Legislative). Vor dem Fazit zu den Führungsmodellen auf S.10 sollte die Meinung mit den Argumenten aus der Diskussion der Arbeitsgruppen aufgezeigt werden. Sonst versteht man als Leserin nicht, wieso die Arbeitsgruppe sich für das bisherige Modell entschieden hat. Um die Auswirkungen der verschiedenen Modelle für die Weiterentwicklung der Gemeinde faktenbasiert zu diskutieren, braucht es Kenntnisse zu den Gemeindeordnungen (als Entwürfe zu den beantragten Modellen). Denn erst damit werden die Kompetenzverteilungen und Handlungs-/Wirkungsmöglichkeiten verbindlich und die Auswirkungen z.B. von einem Parlament oder CEO Modell sich davon abhängig. Zudem kann auch die Attraktivität, im Parlament oder Gemeinderat mitzuwirken sehr unterschiedlich sein und andere Kandidaten/Innen ansprechen je nach Aufgabenfeld und Kompetenzen. Ich rate, dass auch nach einem Vorentscheid Gegenüberstellungen von GO Varianten aufgezeigt werden sollen. Das wird nötig sein, damit losgelöst von den bisherigen Erfahrungen die beste Entscheidung getroffen werden kann. Denn diese Änderung muss dann für eine längere Zeit erfolgreich bestehen bleiben (Kontinuität wichtig).</p>
FDP	Keine Anmerkungen